

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise  
sind in der Morgenausgabe angegeben  
Redaktion: SW. 68, Cindenerstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 202 - 298  
Tel.-Abnehmer: Sozialdemokrat Berlin

# Morwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Donnerstag  
26. Februar 1925

Berlin und Anzeigenabteilung:  
Geschäftszeit 9-5 Uhr  
Verleger: Bornhorts-Verlag GmbH,  
Berlin SW. 68, Cindenerstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 2508-2507

## Eberts Zustand ernst.

Aber nicht hoffnungslos.

Im Zustand des Reichspräsidenten trat gestern Abend eine Verschlimmerung ein, die zu ernstlichen Besorgnissen Anlaß gibt. Eine Bauchfellentzündung mit schwerem Fieber ist eingetreten, die dem Patienten große Schmerzen verursacht. Die Nacht verlief sehr unruhig.

Am Morgen wurden Frau und Kinder des Kranken in das Zimmer gelassen, jedoch nur auf ganz kurze Zeit. Die Ärzte trafen heute Nachmittag um 5 Uhr zu einem Konsilium zusammen. Sie hoffen, daß der Reichspräsident dank seiner kräftigen Konstitution den heutigen kritischen Tag überleben wird. Sein Zustand ist als sehr ernst, aber nicht als hoffnungslos zu bezeichnen.

Um 10 Uhr vormittags gaben die Ärzte folgenden Bericht aus: „Der Reichspräsident erkrankte am Mittag des 23. Februar ganz plötzlich an einer schweren Blinddarmentzündung, die des Nachts eine Operation notwendig machte. Trotz der bald nach der Erkrankung vorgenommenen Operation war der Wurmfortsatz des Blinddarms brandig und in die Bauchhöhle durchgebrochen, so daß eine allgemeine Bauchfellentzündung vorlag. Der Verlauf war bis gestern Abend zufriedenstellend. Wie gewöhnlich am dritten Tage nach der Erkrankung sollte heute Nacht eine Verschlimmerung der Bauchfellentzündung ein, so daß der Reichspräsident eine unruhige Nacht verbrachte. Heute Morgen ist das Befinden besser, doch ist der Zustand ernst.“

## Die Aufwertungsfrage.

Keine Besprechungen mit den Parteiführern.

Die Mitteilung der Reichsregierung, die Vorlegung der Gesehentwürfe über die Aufwertung sei bisher nicht möglich gewesen, weil Besprechungen mit den Parteiführern nicht haben stattfinden können, hat zu dem Gerücht Veranlassung gegeben, daß eine solche Besprechung am heutigen Donnerstag zwischen dem Reichsfinanzminister Schlieben und den Parteiführern stattfinden werde.

Diese Mitteilung, die von der „Vossischen Zeitung“ wiedergegeben wurde, ist unrichtig. Eine solche Besprechung findet im Finanzministerium nicht statt und ist auch nicht geplant. Bei der schroff ablehnenden Stellung des neuen Reichsfinanzministers zu der Aufwertungsfrage ist auch kaum anzunehmen, daß er ein inneres Bedürfnis haben sollte, die Meinung der Parteiführer über diese Frage zu hören. Für das Reichsfinanzministerium ist nur eine Meinung wichtig, das ist die der großen Wirtschaftsgewaltigen. Diese Meinung kennt das Reichsfinanzministerium und von ihr wird es sich auch bei der Aufwertungsfrage leiten lassen.

## Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Die deutschen Gewerkschaften auch diesmal nicht zugelassen

Von unterrichteter Seite erfahren wir, daß die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen in den nächsten Tagen beginnen. Dabei fällt wieder die Behandlung der Gewerkschaften durch die Regierung sehr unangenehm auf. Die deutsche Regierung hat sich, nach den gewiß empfindlichen bisherigen Erfahrungen, wiederum nicht dazu entschließen können, einen wichtigen Faktor des deutschen Wirtschaftslebens, wie die deutschen Gewerkschaften, offiziell an den Verhandlungen zu beteiligen. Sie wiederholt damit die gleiche Dummheit wie während der Verhandlungen mit Frankreich und Belgien und verzichtet darauf, manche für Deutschland schädlichen Vorfälle, die auf die enge Beteiligung von Wirtschaftsinteressenten zurückzuführen sind, zu vermeiden.

## Kommissarischer Polizei-Vizepräsident.

Friedensburgs Kampf in Ostpreußen.

Gegenüber nicht ganz zureichenden mißverständlichen Presse-meldungen erfahren wir nunmehr, daß der Landrat Dr. Friedensburg zunächst kommissarisch auf den Posten des Vizepräsidenten im Berliner Polizeipräsidium berufen worden ist und sein Amt am Freitag antreten wird. Der bisherige Vizepräsident Moll ist für eine anderweitige Verwendung an seltender Stelle im Polizeidienst in Aussicht genommen.

Der vom Innenminister zum kommissarischen Vertreter des Polizeipräsidenten von Berlin ernannte Landrat Dr. Friedensburg wurde im Jahre 1918 zum Landrat in Rosenberg ernannt. Dr. Friedensburg, der bis dahin Assessor im preussischen Innenministerium gewesen, fand sich in Rosenberg bei Antritt seiner Stelle einer brutalen deutschnationalen Äntze und Ironie gegenüber, die alles aufbot, um ihn die Stelle zu verleiden und ihn in die Flucht zu schlagen. Sein Vorgänger im Amt in Rosenberg war der Landrat v. Bersen, der sich beim Kapp-Putsch politisch stark kompromittiert hatte und infolgedessen von seinem Posten entbunden wurde. Dieser Herr v. Bersen, im Verein mit dem Danziger Oidenburg, boten alles auf, um Dr. Friedensburg aus Rosenberg zu vertreiben. Auf Veranlassung des früheren Landrats v. Bersen wurde das Kreishaus und die Wohnung für den Landrat im Kreishaus zugesprochen. Der Schlüssel war angeblich nicht zu finden. Auch die Garage mit dem Auto für die Dienstwagen des Landrats war verschlossen. Wichtige Aktenstücke fehlten und man legte dem Dr. Friedensburg mit jeder Rücksichtslosigkeit, wie sie nur Deutschnationalen aufbringen können, tausend Schikanen und Schlingen in den Weg. Dr. Friedensburg indessen ließ sich durch alle diese verwerflichen Maßnahmen nicht beirren. Er begab sich sofort zu seinem direkten Vorgesetzten, dem Oberpräsidenten Sieber in Königsberg und sand hier auch die notwendige Unterstützung. Als Herr v. Bersen ein sah, daß alles vergeblich gewesen und Dr. Friedensburg sein Amt mit aller Energie antrat, verknüpfte er seinen Nachfolger in der schlimmsten Weise. In Artikeln, die die ostpreussischen Provinzialblätter brachten, wurden ihm und auch seiner Familie oberhand belästigende Sachen nachgesagt. Dr. Friedensburg klagte und das Gericht in Königsberg verurteilte den Verleumder Bersen, der übrigens ebenso wie sein Parteifreund und jetziger Reichsminister, Schlieben, Ehrenritter des

Johanniterordens ist, zu 600 Mark Geldstrafe. Das Gericht erklärte damals in der Urteilsbegründung ausdrücklich, daß sämtliche Behauptungen, die Bersen über Dr. Friedensburg aufgestellt habe, unrichtig seien, sowie ferner, daß das Gericht lediglich aus dem Grunde von der Verhängung einer Freiheitsstrafe abgesehen habe, weil Bersen bis dahin noch nicht bestraft war.

So hat Dr. Friedensburg eine gute Schule durchgemacht. Er hat in Ostpreußen gründlich die Gegner des neuen Staates und ihre Kampfmethoden kennengelernt. Er wird auch in Berlin als Nachfolger des Vizepräsidenten Moll seine Erfahrungen machen müssen.

## Die Krise im Zentrum.

Hinter Marx.

Dortmund, 26. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Die Zentrumspartei Dortmund-Hörde hatte zu heute Nachmittag die Kreisvorsitzendenmitglieder des gesamten Bezirks zu einer Sitzung geladen. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten wurde im Anschluß an zwei kurze Reden die politische Aussprache begonnen. Als Ergebnis dieser Aussprache wurde folgende Entschließung von sämtlichen Anwesenden gegen eine Stimme angenommen:

„Der am 25. Februar 1925 versammelte Kreisvorstand der Zentrumspartei Dortmund-Hörde spricht Herrn Dr. Marx das uneingeschränkte Vertrauen aus. Ebenso spricht der Vorstand den Fraktionen des Landtages und Landtages des vollen Vertrauens aus. Der Vorstand erklärt sich mit dem Beschluß des Landtages in Sachen von Papen und Goenarz durchaus einverstanden. Er beharrt auf seine feste und verurteilt aufs schärfste das Verhalten der beiden Abgeordneten, welche die Fraktion in entscheidender Stunde im Stich gelassen haben. Der Vorstand erwartet, daß die Fraktion in ihrer Stellungnahme gegenüber den beiden Abgeordneten fest bleibt.“

## Konservativer Vorstoß in England.

Ein Gesehentwurf gegen die Arbeiterpartei.

London, 26. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Das Kabinett Baldwin hat am Mittwoch einen Ausschuh eingeseht, der prüfen soll, ob gesetzliche Bestimmungen erlassen werden können, durch die die Mitglieder der englischen Gewerkschaften von der Verpflichtung befreit werden, Beiträge für die politische Arbeiterpartei zu erheben. Dem Ausschuh der Regierung gehören u. a. an, der Arbeitsminister, der Minister des Innern, der Kriegsminister, der Wohlfahrtsminister, der Generalsekretär der konservativen Partei und Lord Birkenhead. Die konservativen haben auch bereits einen Gesehentwurf zur Hand, der den Gewerkschaften verbietet, Beiträge für politische Zwecke zu erheben.

## Das russisch-japanische Abkommen.

Ratifizierung des Vertrages.

London, 26. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch Nachmittag wurde in Tokio das Protokoll über das russisch-japanische Abkommen vom Prinzregenten ratifiziert. Der Austausch der Verträge findet am Donnerstag in Peking statt. Die Verträge treten damit sofort in Kraft, und die diplomatischen Beziehungen werden unmittelbar aufgenommen.

## Aufstand in der Türkei.

Konstantinopel, 26. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Im Osten des türkischen Reiches ist plötzlich ein kurdischer Aufstand ausgebrochen. Das Ziel dieses Aufstandes ist die Errichtung eines Königreichs Kurdistan, an dessen Spitze der Stammeschef Selim Effendi als Sultan stehen soll. 3000 kurdische Krieger sind unter Führung von Duffuz Ya aus den Bergen aufgebracht und bereits am Mittwochmorgen in Diarbekir eingerückt. Die Regierung in Angora hat sofort den Belagerungszustand über die kurdischen Stammesgebiete verhängt und militärische Maßnahmen getroffen.

Dieser Aufstand hat insofern eine über den rein türkischen Interessentkreis hinausgehende Bedeutung, als mit der Errichtung eines kurdischen Königreiches Konflikte mit Persien nicht zu umgehen sind. Die Kurden sind ein großer Nomadenstamm, dessen weite Gebiete bis in den nordwestlichen Teil Persiens hineinreichen. Dieser Umstand hat in früheren Jahrzehnten schon außerordentlich langjährige Grenzfestlegungs-schwierigkeiten zwischen Persien und der Türkei bereitet. Ein kurdisches Königreich ohne Besitzansprüche auf persisches Gebiet ist kaum denkbar.

## Französische Sicherheitsorgen.

(Von unserem Pariser Mitarbeiter.)

Paris, 25. Februar. (Durch Telefon.)

Die Frage der Sicherheit wird wieder lebhaft diskutiert. Im Lager der Linken macht sich eine starke Nervosität bemerkbar, seitdem feststeht, daß Großbritannien das Genfer Protokoll nicht ratifizieren wird. Die Eindrücke, die der französische Völkerverbündete, der sozialistische Abgeordnete Paul Boncour, von der jüngsten Sitzung der Kommission für private Waffenfabrikation aus Genf mitbrachte, hat diese Nervosität sich noch gesteigert. Man darf damit rechnen, daß die Sicherheitsfrage in den nächsten Wochen im Vordergrund des allgemeinen Interesses steht.

Eines der Hauptargumente der Führer des Nationalen Blocks, die im Namen der republikanischen Liga, Millerands und Maginois, und der katholischen Liga des Generals de Berthelot eine äußerst rege Tätigkeit im ganzen Lande veranstalteten, besteht in der immer wiederkehrenden Behauptung, daß die auswärtige Politik Herriots und besonders seine Taktik des Vertrauens Deutschland gegenüber völlig schiffbruch erlitten haben. Keiner der drei ehemaligen Minister des Nationalen Blocks, die am letzten Sonntag ihre reaktionäre chauvinistische Beredsamkeit durchs Land trugen, hat es z. B. unterlassen, die Anklage gegen Herriot zu schleudern, daß er Frankreichs Sicherheit dadurch kompromittiert habe, als er in London das Versprechen gab, das Ruhrgebiet spätestens im August zu räumen, ohne zu wissen, wie weit die Entwaffnung Deutschlands gediehen sei. Nun hat sich die Linke, die am 11. Mai siegte, auf den Standpunkt gestellt, daß die Ruhräumung nicht mit der Entwaffnungsfrage in Zusammenhang gebracht werden darf. Aus den Angriffen der Reibel und Maginot auf das Kabinett Herriot ging klar hervor, wie anders sich auch die Frage gestaltet hätte, wenn am 11. Mai der Nationale Block noch einmal Herr der politischen Lage geblieben wäre. Auf das rein demagogische „Argument“ von der Londoner Preisgabe der Sicherheit antwortet Herriot, daß Poincarés den Dames-Plan, der die Ruhräumung zur Voraussetzung hatte, angenommen hat, ohne im Zusammenhang mit ihm die Entwaffnungsfrage zu stellen!

Die Linke ist nach wie vor der Ansicht, daß die völlige Räumung des Ruhrgebietes spätestens innerhalb der in London festgesetzten Fristen zu erfolgen hat, und so stark auch die Vergiftung der politischen Atmosphäre sein mag, die durch den Eintritt monarchistischer Elemente in die deutsche Reichsregierung und durch die preussische Dauerkrise hervorgerufen worden ist, die Regierung Herriot ist fest entschlossen, das gegebene Wort zu halten, allem nationalistischen Drängen zum Trotz, das in dem Bericht der interalliierten Militärkontrollkommission die nötige Begründung gefunden zu haben glaubt.

Stärker, als man allgemein annimmt, ist die Position der Rechten in der Kölner Frage. Gab es vor zwei Monaten, als es galt, die Entscheidung über die Räumung der Kölner Zone hinauszuschieben, auf der Linken noch zahlreiche, die offen ihrem Rhythmus darüber Ausdruck verliehen, so hat sich in den letzten Wochen in dieser Beziehung, wenn nicht ein wirklicher Umschwung, so doch mindestens eine Art von Erstarrung vollzogen, die auf die Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse und auf die Unsicherheit zurückzuführen ist, in der Frankreich von England gelassen wird, soweit die Möglichkeit eines Sicherheitspacts als eventuellem Ersatz für das Genfer Protokoll in Frage kommt. Die Frage, ob Deutschland an einer Besprechung über Entwaffnung und Sicherheit teilnehmen soll, stößt im Lager der Linken auf die verschiedensten Meinungen. Von der Einheitsfront, mit der die Linke im Sommer die Zulassung Deutschlands auf ganz gleichem Fuß zu den Londoner Verhandlungen forderte, ist gegenwärtig keine Rede. So tief bedauerlich das vom Standpunkt der gegenseitigen Annäherung ist, so falsch wäre es, das vermeintliche zu wollen oder die Augen davor zu verschließen. Viele Politiker scheinen heute davon überzeugt zu sein, daß an den Gerüchten über geheime Rüstungsvorbereitungen Deutschlands mehr Wahres sei als man bisher annahm. „Wir glauben nicht“, erklärte dieser Tage einer der sozialistischen Abgeordneten des Nordens, „daß die Massen des deutschen Volkes selbst sich ganz im Klaren sind über die Tragweite dessen, was in dieser Hinsicht in ihrem eigenen Lande vorgeht, und deshalb gibt es bei uns Leute, wie unsere Nationalisten, die von einem deutschen Doppelspiel, von einem durch Deutschland bedrohten Europa sprechen; wir zittern vor dem Zeitpunkt, wenn diejenigen Elemente, die bereits hinter dem Rücken der Reichsregierung und sicherlich ohne Wissen der großen Volksmassen einen Revanchekrieg vorbereiten, sich eines Tages völlig in den Besitz der Regierung setzen, die sie zum Teil schon beherrschen. Man mag von der Berechtigung der Gefühle, die diesen Abgeordneten besetzen, denken was man will, aber man tut gut daran, in Deutschland sich Rechenschaft darüber abzulegen, was es heißt, daß selbst bei unbedingt friedfertigen Franzosen das Mißtrauen solche Fortschritte gemacht hat.“

Beder Herriot, noch die anderen Führer der Wehrheitsparteien haben die Hoffnung aufgegeben, daß es gelingen wird, vielleicht durch direkte Verständigung mit Deutschland die nötigen Friedenssicherheiten zu schaffen, die eine systematische Verwirklichung der Abrüstung auch in Frankreich ermöglichen. Aber wie ein schwarzer Trauerhor liegt einweilen die monarchistische Restaurationsgefahr in Deutschland über dieser Hoffnung, zur unterhaltener Freude der französischen Rechten.

## Als ob sie bezahlt wären . . .

Die Kommunisten und die Entschädigungsgewinner.  
Die „Rote Fahne“ für Dr. Deereberg.

Die Deutsche Volkspartei handelt in Preußen auf Kommando der Entschädigungsgewinner, wenn sie für den Rechtsbund eintritt. Sie hat von denselben Leuten, die 700 Millionen Entschädigung erhalten haben, die Wahlgeißel für die Wahl am 7. Dezember erhalten und muß nun den Wechsel einlösen. Dabei helfen ihr die Kommunisten getreulich. Der demokratische Landtagsabgeordnete Kiedel teilt folgende interessante Einzelheit mit:

„Das widerwärtige Bündnis geht schon so weit, daß am letzten Freitag kurz vor der Abstimmung sich ein bekannter Abgeordneter der Rechten angelegentlich bei den Kommunisten erkundigte, ob sie auch alle ihre Fraktionsmitglieder zur Stelle hätten.“

Man sieht, die Herren von den 700 Millionen behandeln die Kommunisten genau wie ihre bezahlten Hilfstruppen von der Volkspartei. „Bande vollständig angetreten? Daß bei Abstimmung kein Schweinehund kneift!“

In diesem Zusammenhang muß auch der Vorfall erwähnt werden, der sich am Mittwoch nachmittag im preussischen Untersuchungsausschuß abgespielt hat. Als der Vorsitzende Dr. Leidig sein Amt vorübergehend an den deutschnationalen Stellvertreter Dr. Deereberg abtrat, stellten die Sozialdemokraten einen demonstrativen Vertagungsantrag. Bekanntlich hat die Mehrheit des Ausschusses wegen der eifersüchtigen Parteilichkeit Deerebergs als Vorsitzenden bei der Vernehmung Falts und Klinghammers einen Mißtrauensantrag gegen ihn eingebracht. Dr. Deereberg zog zunächst die Konsequenzen, ließ sich aber von seiner Fraktion ein Vertrauensvotum ausstellen und wollte nun wieder in Abwesenheit Leidigs den Vorsitz führen, als wäre nichts passiert. Daher der Vertagungsantrag. Die Kommunisten aber kamen den Deutschnationalen zur Hilfe, indem sie mit der Rechten gegen die Vertagung stimmten, die sie als ein „Verschleppungsmanöver“ hinstellten, obwohl sie seinen Zweck durchaus kannten. Die „Rote Fahne“ nimmt heute Dr. Deereberg ausdrücklich in Schutz. Als ob sie bezahlt wären . . .

## Die 700-Ruhrmillionen.

Für arme Geschädigte nur Almosen.

Die „Rote Fahne“ will aus „zuverlässiger“ Quelle erfahren haben, daß die Reichsregierung bemüht ist, den Korruptionsstand mit den Ruhrindustriellen mit allen Mitteln zu vertuschen. Die vom Reichstag geplante Untersuchung soll unterbunden werden. Besprechungen mit derartigen Absichten hätten bereits stattgefunden und den Erfolg gezeigt, daß die sozialdemokratische Presse dem Ruhrskandal nur noch schwache Aufmerksamkeit widmet.

Daß der Reichsregierung und den bürgerlichen Regierungsparteien die Aufklärung des Ruhrskandals uneben ist, ist sicherlich richtig. Ebenso richtig ist, daß diese Parteien den Versuch machen werden, die Untersuchung zu hindern, zu erschweren oder gar zu vertuschen. Derartige Absichten hat die „Zeit“, das Organ des Herrn Stresemann, vor einigen Tagen unterhoben angekündigt, durch die Mitteilung, daß nicht der Untersuchungsausschuß, sondern der Haushaltsausschuß in erster Linie sich mit den Ruhrmillionen beschäftigen werde.

Stillos und ohne jede Begründung aber ist die Behauptung der „Roten Fahne“ über die Haltung der Sozialdemokratie. Der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion allein verdankt die Deffenlichkeit die Kenntnis von dem 700-Millionen-Geschenk. Ohne sie hätte man vermutlich nie etwas davon erfahren. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion war es auch, die zuerst die Forderung nach der Rückzahlung der geschenkten Beträge erhoben hat. Es ist lächerlich, angesichts dieser Tatsachen anzunehmen, daß irgend-

eine versteckte Drohung der an der Geschenkannahme beteiligten Kreise auf die Haltung der Sozialdemokratie irgendeinen Einfluß ausüben werde. Zu allem Ueberflus noch wollen wir ganz deutlich erklären, daß weder die Sozialdemokratische Partei, noch die Gewerkschaften irgend etwas mit den 700 Millionen zu tun haben. Auch die Aufführung über die während des Ruhrkampfes gezahlten Gelder an die Großindustrie wird von ihr nachdrücklich betrieben werden.

Die Konstituierung des Untersuchungsausschusses wird Anfang der nächsten Woche stattfinden. Durch die Vertagung des Reichstags war eine frühere Ernennung seiner Mitglieder schwer möglich. Der Untersuchungsausschuß wird dabei an der Anregung aus industriellen Kreisen, die im „Berliner Tageblatt“ erschienen ist, auch die gesamten Ruhrkredite zu untersuchen, nicht vorbeigehen können. Denn wenn auch in dieser Hinsicht bestritten wird, daß die Ruhrkredite allgemein zur Beschaffung von Sachwerten und Devisen Verwendung fanden und nicht für den eigentlichen Ruhrkampf, so wird das Vorliegen solcher Fälle doch ausdrücklich zugegeben.

Wie stark die Bevorzugung der kleinen Zahl von Ruhrindustriellen die Auslandsdeutschen erregt hat, zeigt ein anderer Auszug im „Berliner Tageblatt“. Mit Recht wird dort darauf verwiesen, daß die Ruhrindustriellen fast das Doppelte derjenigen Summen erhalten haben, die dem Reich auf Reparationskonto zugeschrieben wurden. Von den 11,7 Milliarden Goldmark jedoch, die nach den Angaben der Reichsregierung für enteignetes deutsches Auslandsvermögen gutgebracht werden müssen, haben die Auslandsdeutschen insgesamt nur wenige hundert Millionen erhalten. Der einzelne kleine Geschädigte überhaupt nur 2 Mark für je tausend Mark Schaden!

Wenn ferner mitgeteilt wird, daß der frühere Reichsbankpräsident von Havenstein als Gutachter dem Reichstagsausschuß versicherte: Er sei mit der Reichsregierung darin einig, daß man den Geschädigten leider nur ein Almosen geben könne, so zeigt auch das, daß zweierlei Maß, mit dem Kleine und Große, Besizende und Besizlose behandelt werden.

## Wie sie hezen und fälschen!

Der „Lokal-Anzeiger“ veröffentlichte am Mittwoch ein „vernichtendes französisches Urteil“ über die deutsche Sozialdemokratie anlässlich der Barmat-Affäre. Mit Recht weist das „L. A.“ darauf hin, daß das Hugenberg-Organ keinen Raum für Auslandsstimmen über den Ruhrskandal hat. Dieses Urteil stammt von der „Humanité“. Da die Leser des „Lokal-Anzeiger“ ausnahmsweise politisch vorzüglich geschult sind, hielt man es für überflüssig, zu bemerken, daß die „Humanité“ ein kommunistisches Organ ist. Ja, man verschweigt die Tatsache, daß der betreffende Schmäharikel von Henri Guilbeaux geschrieben war, einem der berühmtesten Literaten im Solde Moskaus. Mit solchen „vernichtenden Urteilen“ französischer Kommunisten wird nun in deutschnationalen Speichertreibern Stimmung gemacht!

Bei dieser Gelegenheit sei an die grobe Fälschung erinnert, die kürzlich durch die gesamte Rechtspreffe ging, die aber heute noch, obwohl längst entlarvt, noch nicht in den Blättern berichtigt wurde, die davon mit Wohlmut Gebrauch gemacht haben. Es handelt sich um einen angeblichen Schmäharikel des „Revue Rattierdamschen Courant“ gegen die Führer der deutschen Republik, die, da sie sich durch Barmat korumpieren ließen, wohl auch durch die Güte bei Kriegsende und Friedensschluß korumpiert gewesen sein dürften! Nachforschungen ergaben, daß ein solcher oder ähnlicher Artikel niemals in dem vornehmen Rattierdamer Blatt erschienen war, vielmehr von der deutschnationalen, in Köln erscheinenden „Rheinischen Tageszeitung“ fabriziert und als „holländische“ Stimme veröffentlicht und weiterverbreitet worden war! Wie deutschnationalen Blätter haben diese Fälschung in großer Zustimmung verwendet, kein einziges hat den Mut und den Unstand ausgebracht, sich zu berichtigen! Eine laubere Presse, der Partei würdig, der sie dient!

## Diskontermäßigung der Reichsbank.

Reichsbankdiskont ab heute 9, Lombard 11 Prozent.

Die Reichsbank hat soeben einen entscheidenden Schritt unternommen, um durch Herabsetzung der amtlichen Zinssätze eine Verbilligung der überbewerteten Kredite herbeizuführen. Wie der „Deutsche Handelsdienst“ erzählt, ist in der heutigen Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank beschlossen worden, der Reichsbankdiskont mit Wirkung ab heute von 10 auf 9 Proz., den Lombardzinsfuß von 12 auf 11 Proz. herabzusetzen. In der Begründung wird ausgeführt, daß sich der Status der Reichsbank seit Ende Dezember zufriedenstellend entwickelt habe und daß der Zahlungsmittelumlauf am 23. Februar auf 3800 Goldmillionen zurückgegangen sei. Auch die Absichten der Reichsbank zur Erzielung eines niedrigeren Privatbankdiskonts haben sich verwirklichen lassen. Die Kontingenzpolitik der Reichsbank werde grundsätzlich beibehalten.

Auf die Herabsetzung der amtlichen Zinssätze hin eröffnete die heutige Berliner Börse in sehr lebhafter Haltung steigenden Kursen auf den meisten Märkten. Anregend wirkte auch ein Beschluß der Interessengemeinschaft der Berliner Privatbankfirmen, der dahin geht, daß der bisher ruhende Effektenhandel sobald als möglich wieder eingeführt werden soll. Am Devisenmarkt war wieder zu beobachten, daß der französische und der belgische Frank sich weiter abschwächten.

## Zuppe bleibt.

Nürnberg, 26. Februar. (Mitt.) Die Deutsche Demokratische Partei Nürnbergs tritt gegen die Angriffe, die in letzter Zeit gegen ihr Mitglied, den Oberbürgermeister Zuppe, gerichtet wurden, nunmehr mit einer Erklärung an die Deffenlichkeit, in der sie Dr. Zuppe ihr fortwährendes und uneingeschränktes Vertrauen zusichert und ihn dringend bittet, trotz aller Angriffe auf seinem schwierigen Posten im Interesse der Stadt auszuhalten und nicht zu erlahmen, damit sich durch solche Angriffe kein dauernder Schaden für die Stadt ergebe.

## Zikewitz-Geschäfte.

Die Untersuchung über die Landespfandbrief-Anstalt.

Der Untersuchungsausschuß des preussischen Landtages für die Kreditgewährung der Zikewitz-Geschäfte legte heute die Vernehmung der Zeugen fort. U. a. befandete Justizrat Behrend auf Befragen, sein Bureauvorsitzer habe u. a. einmal Notariatsgebühren in beträchtlicher Höhe auf der Landespfandbrief-Anstalt abgeholt, und dabei gehört, wie Geheimrat Nehring den Kassierer der Anstalt angewiesen habe, den Betrag zu Lasten der Städtischen Sparkasse Stettin zu schreiben. Einmal ist auch ein Betrag von 20 000 Mark für beratende Tätigkeit an das Bureau des Zeugen gezahlt worden, der zur Hälfte für Rechnung des Herrn v. Eydorf bestimmt war und nur 10 000 Mark für Rechnung der Landespfandbrief-Anstalt enthielt. Behrend erklärt, er selbst habe erst heute früh durch seinen Bureauvorsitzer von der „Stettiner Kasse“ gehört und selbst immer geglaubt, es nur mit der Landespfandbrief-Anstalt zu tun zu haben. Auf Befragen gibt Behrend zu, daß Nehring einige Male in der fraglichen Angelegenheit in seinem Bureau war.

Darf. Leinert stellt fest, daß in dem amtlichen Bericht Nehrings an die Aufsichtsbehörde über die Zikewitz-Angelegenheit von den Besprechungen mit dem Hamal nicht die Rede ist.

Nunmehr wird die Vernehmung des ehemaligen Direktors der Landespfandbrief-Anstalt Lüders fortgesetzt. Dieser erklärt, er habe vor seinem Ausscheiden aus der Anstalt Nehring vorgeschlagen, über das Geschäft Zikewitz der Aufsichtsbehörde Bericht zu halten. Im Anwalt müsse dem Ministerium dann offenbar von dritter Seite Mitteilung über dieses Geschäft gemacht worden sein. Damals habe Nehring erklärt, jetzt hätte er Bericht erstatten müssen und auf Befragen bestätigt, daß er in seinem Bericht zum Ausdruck gebracht habe, daß die Landespfandbrief-Anstalt Trägerin des Geschäfts mit Zikewitz sei.

Auf Fragen des Vorsitzenden erklärt Zeuge Lüders, daß die Stettiner Sparkasse für die ersten Kreditgeschäfte der Landespfandbrief-Anstalt laufend mehrere hunderttausend Mark zur Verfügung gestellt habe.

## Anna Holberg.

O, das wissen wir, wie es bei uns aussieht: Not und Hunger und Schmutz und Elend in den dunstqualmigen Quartieren der Arbeiter, Rußspracht in den Häusern der Bürger und Luxusglanz in den Salons des Kapitals. Wir kennen auch das verbitterte Anlitz des Arbeiters, das stumpfe Gesicht des Spielers und den brutalen Zug im Aussehen der Geldmächigen. Die Menschen quälen sich und streuen sich, peitschen sich und streichen sich, sie hassen und sie lieben sich — und wälen doch nicht den Weg zur Gemeinsamkeit, die sie veredelt, finden. Daß sich die Leiber peinigten und die Seelen sich mannen und immer zerstochen, muß es wirklich so sein? Soll es so sein, da doch der Wille der Unterdrückten zur endlichen Befreiung, da ihr Streben zum Licht einheitlich ist? Und da doch der Unterdrückten an Zahl unendlich mehr ist als der Herrscher? Soll es so sein?

„Einmal muß das Welt gelingen . . .“ Ein neues Buch vom ewigen Brudertum grüßt deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen aus Schweden: „Anna Holberg“ heißt es, Maj Hirdman hat es verfaßt und Feliz Bodinski übersetzt, in der Verlags- und Druckereigesellschaft m. b. H., Ravensburg ist es erschienen. Wir freuen uns sehr über das Buch, denn nichts kennen wir sonst von der schwer übersehbaren Arbeit der skandinavischen Skandinavien, nichts von dem lehrer früh verstorbenen Dan Anderson, dem schwedischen Dostojewski, nichts von Erik Lindorm, dem Apriler, nichts von Jondel, einem Naturalisten, der stark an den jungen Hauptmann erinnert, von Fredrik, von dem man erzählt, daß er alle seine Stipendien an die Arbeiter verschente. Viele kennen Andersen Rexö mit seinem prächtigen „Belle, der Eroberer“, aber wenn ist es zum Beispiel bekannt, daß da in Norwegen einer war, der die ganze Geschichte der skandinavischen Arbeiterbewegung in einem sechsbandigen Roman niedergelegt hat?

„Anna Holberg“ schildert den Lebensweg eines Proletariatsmädchens, aber es ist nun nicht etwa ein irgendwie tendenziöses, sondern ganz einfach ein menschliches Buch. Die „Heldin“ ist gar keine Heldin, sie hat mindestens so viele Fehler wie Vorzüge, ihre „Genossen“ sind durchaus nicht immer Genossen in Leid und Freud, ihre persönlichen Gegner sind nicht sämtlich „feindselig“ und „verbissen“, was doch sonst die richtigen Romangegner stets zu sein pflegen — kurz, die Dichterin sieht und gibt Leben, wie es ist, und das Buch ist ehrlich und gut, weil es im Seelischen eigenes Leben schildert. Maj Hirdman stammt aus Bärmland, der Heimat der großen Selma Lagerlöf, in ihrer Jugend lernte sie das Grau des Lebens kennen, bunt war ihr Abenteuer dann durch die weite Welt, Ruhe und Befriedigung fand sie erst als Mutter. Und Anna Holberg singt an in der Kantine, geht in die kalte Fabrik, verkauft Zeitungen, besucht ein Seminar. Verschlingener noch als ihre Wege sind ihre Gedanken, Freundschaften verwirren sie, Liebschaften verzerren sie, tausendfältig nagt an ihr das Leid, quält sie der Zweifel, enttäuscht sie die Erfahrung. Brüder und Freunde, Lehrer und Priester, alle, sie verjagen — nah ist die Heldin — ja, sie ist eine Heldin, denn — ist eine Märtyrerin ihres Herzens! — dem Tode.

Kein eigentlich heiteres Buch, kein Werk der Kraftfülle, nicht einmal ein fröhmelndes Schriftchen, aber ist dem, den das Leben nicht, ein Funke der Erkenntnis des Ewigen nicht mehr als ein

Flammenmeer unfsarer Gefühle? Anfang und Ende gibt es nirgends, und was die Natur vernotete, kann der Mensch nicht lösen. „Lösung“ hin, „Erlösung“ her — jedes Geschöpf hat seine Tragik in sich. Aber eins lehrt Anna Holbergs Einzelfall, gleichgültig, wie weit er nun wirklich einmal sein mag, und dieses eine, das ist: Ehrfurcht! Ehrfurcht führt zum Verstehen, Verstehen schweilt zur Liebe, Ehrfurcht wird sein die Wurzel der Veröhnung auf Erden. Genossen in Schweden, seid gegrüßt! Erich Gottgeireu.

## Der judenfreie Alpenverein.

Von Hans Bauer.

Der deutschösterreichische Alpenverein, die wichtigste deutsche Bergsteigerorganisation, hat nunmehr nach monatelangen Diskussionen und Abstimmungen den entscheidenden Schritt getan: er hat seine jüdischen Mitglieder vor die Tür gesetzt. Das soll natürlich keine politische gemeint Demonstration sein, die dem Alpenverein lahngemäÙ durchaus fernliegt, sondern nur eine nationale Maßnahme, als was ja jede Borniertheit durch einen geschickten Dreh leicht zu deuten ist. Wir sind es in Deutschland lange gewohnt, im Namen der nationalen Phrase spießige Albernheiten begehren zu sehen, meinten indessen, daß deren Träger vornehmlich jenem kleindürgerlichen Wisse entstammten, das an sich nicht geeignet ist, dem geistigen Bild Werte und Unbeangenehmte zu verleihen. Da erleben wir nun, daß die antisemitische Verwirrtheit auch bei den Alpenkletterern herrscht. Es sollte ja so sein, daß mit der Unbegrenztheit des Himmels, der sich über dem Menschlein Bergsteiger erstreckt, mit der Entfernung von den kleinen Tagesdingen, die in der Ewigkeit des Bleibereifes wohnt, sich auch das Herz über den Aristel der Morgenzeitung erhebt und von dieser Erhebung dann etwas mit in die Welt hinerunterbringt. Es sollte sein, daß die Freiheit, die dem Bernehen noch in den Bergen bräut, sich auch ein wenig auf die Gehirne auswirkt.

Nun, von der Freiheit ist bei den Alpenvereinskletterern nur übrig geblieben, daß sie eine von den Juden wollen und von der Erhebung, daß sie sie von den Stühlen vollzogen, als über den Ausschlußvertrag abgestimmt wurde.

Ganz gehen ja leider die Wünsche der Alpenkletterer nicht in Erfüllung. Bilden nämlich allerdings diese einen Verein, der die Juden auszuschließen vermag, so bilden die Alpen selbst eine Gedirpette, in der die Schneestürme auf die Beschüsse aller Vereiner pfeifen und die den Zutritt zu sich weder von einer Blut- noch von einer Dinterischen Extremantenprobe abhänzt macht.

Es werden sich die achtzig durch den Beschluß des Alpenvereins um ihr organisatorisches Obdach gebrauchten Juden also fürs erste mit jenem begnügen müssen, das ihnen Zugspitze und Matterhorn gewähren und das schon immer ein liebevolleres und mütterlicheres was als sie sonst in Bayern zu finden gewohnt waren.

Das Spiel auf der Bühne. Kennt ihr die Geschichte von dem Unteroffizier, der in der Instruktionsstunde seine Soldaten nach ihrer Religion fragt? Nein? Also der Einjährige antwortet, er wäre Dissident. „Was ist Se?“ fährt ihn da der Unteroffizier an. „Dissident ist Se? Wenn Se sich bis morgen keinen anständigen Glauben angeschafft haben, schmeiß ich Se mong de Juden!“

Lieber den Militarismus von gestern zu lachen hat nur ein Recht, wer einem Militarismus von heute auch in keinerlei Abart huldigt. Da sprach also z. B. im „Sturm“ Karl Vogt über das moderne Theater: sein Vortrag war ein Diktat und noch dazu ein mächtiges. Wer sich dem Diktat nicht unterwirft, den schmeißt Vogt bestimmt „mong de Bananen“. Wir schweben im All! — so sing es ungefähr an, und ein Weh dem, der nicht mitsehwehlt! war Vogts Konsequenz.

Es ist häßlich und arrogant, in Anspielung auf den Impressionismus „die Frucht in das Aesthetische“ schlankweg als die „Ungeistigkeit des Enobs“ zu bezeichnen. Trotzdem wird einem jungen Stürmer alles verziehen werden, wenn seine Ideen nicht nur revolutionär klingen, sondern auch wertvoll sind. Vogt aber brachte alles das auf abstrakte Formeln, was moderne Spieltheater zum Teil mit Glück seit Jahren tun. Um ja gerecht zu sein, schrieb ich alle irgendwie markanten Sätze nach, und siehe da: fast jeder ist eine Phrase. An den Gipfelpunkten des Referates wurden die Thralen gefaßt, denn Vogt neigt zur Ueberstimmung alles Problematischen und des Intellekts, also lust das, was er zurickgedrängt wissen möchte, steigt übers Gefühl. Typisch ist, daß in der ganzen fleißigen und auch Kenntnis beweisenden Arbeit kaum ein einziges Mal das Wort Mensch vorkam, obwohl der Mensch, so wie er ist, das Primäre aller Kunstgestaltung sein muß. ergo.

Buffantkontrolle vom Flugzeug aus. Der Actna weist seit einiger Zeit wieder eine gesteigerte Tätigkeit auf. Einige neue Definitionen sind entstanden, aus denen starke Dämpfe strömen. Zu Anfang des Jahres erfolgten einige kleinere Ausbrüche mit Flammensäulen und Aschenregen. Man hat nunmehr, um sich vor unliebsamen Ueberraschungen zu schützen, eine ständige Kontrolle eingerichtet, die von Flugzeugen aus erfolgt. Es werden in verschiedenen Höhenlagen vom Flugzeug aus Photographien hergestellt, die ein deutliches Bild von den Vorgängen auf dem Berge geben. Professor Fontes, der Buffantologe der Universität in Catania, erklärt, daß die Photographien vom Flugzeug aus Resultate ergeben hätten, wie sie sonst nur nach zweimonatiger Beobachtung gewonnen werden können. Er hofft, daß man es auf diese Weise wird verhindern können, daß gänzlich unerwartete Ausbrüche die Bewohner des Actnagebietes gemissermaßen über Nacht überfallen.

In der Volkshöhle. Theater am Säuloplatz, findet die 25. Aufführung von Reizlich „Der weint um Auenod“ am 28. Februar mit Heinrich George und Gerda Müller in den Hauptrollen statt. Anfang 7 1/2 Uhr.

Die Hottel-Troppe spielt Bebedinds „Rönig Riccio“ am Sonntag den 1. März, mittags 1/2 Uhr in der Volkshöhle, Theater am Säuloplatz. Anfang 7 1/2 Uhr.

Museumsaufführungen. Sonntag, 1. März, 10 Uhr vorm., finden wissenschaftliche Führungen durch Direktoriatsbeamte im Alten Museum (Archaische Plastik) — Dr. Köhler — und im Raiser-Friedrich-Museum (Vorderstein) — Dr. Schell — statt. Anfang 7 1/2 Uhr. Sind vor Beginn am Eingang der genannten Museen in beschränkter Anzahl erhältlich. Für die zweite (sonntägliche) Führung des Dr. Köhler am 8. März können Anfangsarten bereit am 1. März mit gelöst werden.

Kaplan Japfels Vorträge finden von jetzt ab in der Sing-atabemie statt. Der nächste Vortrag „Schopenhauer“ ist am 4. März, abends 8 Uhr. Karten an der Abendkasse und im Vorverkauf von Sonnabend ab bei Bote & Bod, Leipziger Straße. Die gelassenen Eintrittskarten werden an der Abendkasse eingetauscht.

# Die Verteidiger zurückgekehrt.

Weitere Befähigungen im Tscheka-Prozess.

B. S. Leipzig, 26. Februar.

Zu Beginn des heutigen Verhandlungstages des Tscheka-Prozesses waren alle bisherigen Verteidiger wieder zur Stelle, zunächst allerdings noch nicht R. A. Dr. Samter, der sicherlich im Zusammenhang mit dem Tscheka-Prozess, wie Dr. Niedmer sich zu seinem Wiedererscheinen stellen würde. Der Sekretärin dieses Anwalts, die mit den übrigen Anwälten morgen den Sitzungssaal betreten wollte, wurde von dem Polizeibeamten am Saaleingang, die genaue Kontrolle führte, zunächst der Einlass verweigert, woraus zu entnehmen war, daß eine Zulassung Dr. Samters zunächst nicht beabsichtigt war. Kurz vor Beginn erhielten aber dann die Polizeibeamten an der Türe Anweisung, Dr. Samter ungehindert passieren zu lassen und auch seine Sekretärin durfte wieder am Verteidigerisch Platz nehmen. Außer den bisherigen 13 Verteidigern waren auch die vier inzwischen vom Gericht gestellten Offizialverteidiger zu Beginn der Verhandlung erschienen. Im übrigen war der Beginn des heutigen Verhandlungstages gekennzeichnet durch eine allgemeine Unklarheit über die Lage der Verteidigung, die nach der Rückkehr der Deputation von Berlin noch bis in die späten Nachmittagsstunden hinein Konferenzen abgehalten und eine Reihe von Erklärungen vorbereitet hatte. Der Anwalt des Bundesrats war zu der heutigen Sitzung, von der man sich offenbar besondere Überraschungen versprach, außerordentlich spät.

Als um 9 Uhr 10 Minuten der Gerichtshof den Saal betritt, war R. A. Dr. Samter allerdings noch nicht erschienen. Sofort nach Eröffnung der Sitzung erhob sich zuerst der Angeklagte Hallupp und bat den Gerichtshof zu veranlassen, daß er künftig bei dem Transport mit dem Polizeiauto nicht mehr mit den Angeklagten Diener und König zusammen untergebracht werde, da ihm dies physische Uebelstände verursachte. Der Vorsitzende erwidert darauf, daß das nicht Sache des Gerichts, sondern anderer Instanzen sei. Darauf erhob sich R. A. Rosenfeld: Ich habe folgende Erklärung abgegeben: ...

Vors.: (unterbrechend): Es tut mir leid, Herr Rechtsanwalt, ich bin nicht in der Lage, irgendeine Erklärung entgegenzunehmen, es sei denn, daß es sich um eine Erklärung zur materiellen Strafsache handelt. Ich handele dabei in Uebereinstimmung mit sämtlichen Mitgliedern des Gerichts, wie ich Ihnen schon vorher sagen kann. R. A. Dr. Rosenfeld: Ich möchte den Wunsch aussprechen, daß mir gestattet wird, eine ganz kurze Erklärung namens der Verteidigung abzugeben. — (In diesem Augenblick betritt R. A. Dr. Samter den Saal.)

Vors.: Ich bedaure sehr, ich kann diesem Antrag nicht stattgeben. R. A. Dr. Rosenfeld: Dann bitte ich um einen Gerichtsbeschluss darüber, ob der Herr Vorsitzende berechtigt war, eine Erklärung, die ich im Auftrag sämtlicher Wahlverteidiger abgegeben habe, zurückzuweisen. Es sind in diesem Prozess bereits eine ganze Reihe von Erklärungen sowohl von der Verteidigung als auch von der Reichsanwaltschaft abgegeben, die teils den Prozessstoff, teils die prozessuale Verhandlung betrafen, und nachdem diese Uebung Wochen hindurch Platz gegriessen hat, die der Herr Präsident niemals zugelassen hätte, wenn sie den Gerichtsgesetzgebungen widersprochen hätten, sind wir wohl berechtigt, anzunehmen, die Abgabe von Erklärungen würde von dem Herrn Vorsitzenden für zulässig angesehen.

Reichsanwalt Neumann: Die Reichsanwaltschaft hat stets den Standpunkt vertreten, daß die Prozessbeauftragten ihre Anträge und Erklärungen zur Sache selbst abgeben können. Ich glaube nicht, daß gegen diesen Grundsatz hier verstoßen worden ist und bitte, den Antrag der Verteidigung abzulehnen. — Hierauf zog sich das Gericht zu einer Beratung zurück. Nach kurzer Beratung erklärte Präsident Dr. Niedmer: Das Gericht hat sich dahin schlüssig gemacht, die Erklärung der Verteidiger abzulehnen.

Dr. Rosenfeld: Dann bitte ich, folgenden Antrag namens der Wahlverteidiger stellen zu dürfen. Ich beantrage, die Stellung der Offizialverteidiger zurückzunehmen. Die Wahlverteidiger sind erschienen, nachdem sie an den zuständigen Stellen zur Sprache gebracht haben, was hier vorgefallen ist und die zuständigen Stellen eine Prüfung vorgenommen haben und nachdem auch Reichsanwalt Dr. Samter wieder erschienen ist, wir also im vollen Umfange unsere Tätigkeit wieder aufgenommen haben. Es ergibt sich daraus, daß die Stellung der Offizialverteidiger zurückzunehmen ist.

Vors.: Ich bitte die Herren Offizialverteidiger, den Sitzungssaal zu verlassen. (Die Offizialverteidiger verlassen hierauf den Saal.) Angekl. Mörsner: Nachdem mein Wahlverteidiger wieder hier ist, bin ich bereit, auszugehen.

Vors.: Ich halte diesen Zeitpunkt nicht für geeignet. In einem späteren Zeitpunkt werde ich darauf zurückkommen. Dabei bleibt der Vorsitzende trotz der Einwendung des R. A. Dr. Herzfeld, wobei er darauf hinweist, daß Mörsner ja bei seiner gestrigen Vernehmung jede Auslage verweigert habe.

Dann wurde zu der Vernehmung des Angeklagten Neus

geschritten, einem Elektrotechniker aus Berlin. Er war zunächst Mitglied der U.S.P.D. und ging 1919 zur K.P.D. über. Eine Zeitlang war er Abteilungsleiter in Berlin und seit Oktober 1923 Kurier der Reichszentrale.

Neus: Es stand nicht fest, daß ich Kurier der Reichszentrale war. Ich bin nicht von ihr geschickt worden, sondern von einem Mann, namens „Eduard“.

Vors.: War das nicht Hallupp, der Kurierleiter der Reichszentrale?

Neus: Das weiß ich nicht. Vors.: Wie kamen Sie dazu, Aufträge von einem gewissen „Eduard“ anzunehmen.

Neus: Ich lernte in einer Gastwirtschaft einen gewissen Otto Kamm kennen, von dessen Funktionen ich aber erst jetzt Kenntnis erhalten habe.

Vors.: War er nicht auch Leiter der Kurierzentrale?

Neus: Das weiß ich nicht. Ich erhielt von ihm den Auftrag, nach Frankfurt, Mannheim und Stuttgart zu fahren. Ich bekam verschiedene Vapptroten mit Matrizen für die Druckerei, die ich in Frankfurt bei der Bezirkszentrale abgeben sollte, und in Mannheim bei der dortigen kommunistischen Zeitung und in Stuttgart auch bei der Bezirkszentrale. Am 8. November ebenfalls wurde ich nach München geschickt mit zwei Paketen, in denen, soviel ich weiß, Flugblätter waren. Ich kam gerade zur Zeit des Hitler-Putschs dort an. Ich wurde dann dort an einen kommunistischen Stadtrat gemeldet, der mir die Pakete abnahm.

Vors.: Es kann Ihnen doch nicht zweifelhaft gewesen sein, daß Ihr Auftraggeber eine maßgebende Persönlichkeit in der K.P.D. war.

Neus: Ob er von der Reichszentrale beauftragt war, oder sonst von wem, weiß ich nicht.

Vors.: Wenn ich einen Auftrag entgegennehme, dann frage ich doch, von wem er kommt? In der Voruntersuchung haben Sie nicht bestritten, daß Sie mit den hochverräterischen Zielen Ihrer Partei, die Sie dadurch gefördert haben, einverstanden gewesen sind und Sie wissenlich unterstützt haben.

Neus: Das steht in der Anklage. Wie kann ich das zugeben. Die Partei war ja auch damals nicht verboten.

Neus: Das steht in der Anklage. Wie kann ich das zugeben. Die Partei war ja auch damals nicht verboten. Vors.: Sie haben diese Aussage richterlich bestätigt.

Neus: Dann habe ich damals angenommen, daß ich Kurier der Reichszentrale war.

Vors.: Haben Sie auch befunden, daß Sie im November 1923 eine Zeitung Verbindungsstelle waren, nämlich daß Sie bestimmte Personen an gewisse Stellen weiterleiteten?

Neus: Nach meiner Rückkehr von München wurde ich an „Hans“ (Neumann) überwiesen, der mir den Auftrag gab, eintriefende Genossen aus dem Reich weiterzuleiten. Eines Tages kam Neumann zu mir und sagte: Hör mal, Du kannst jetzt mit mir arbei-

ten, darauf erwiderte ich dem „Hans“: das moche ich doch sowieso. Ja, sagte er, das ist was anderes. Erstens wird es unsere Aufgabe sein, Spiegel zu beobachten usw. Neumann sagte, er hätte mich verpflichtet. Das ist nicht an dem. Wir waren im Gespräch in meiner Wohnung. Da hat Neumann mir gesagt, daß ich den Mund halten und nichts verraten solle usw. Er gab mir dann den Decknamen „Fred“. Wir verabredeten für den nächsten Tag um 8 Uhr morgens, uns am Halleschen Tor zu treffen. Ich ging dort auch hin und dann gingen wir zusammen die Friedrichstraße entlang. Unterwegs sagte Neumann: Kennst Du den General Seekt? Ja, sagte ich, ich habe sein Bild in den Zeitungen gesehen. Neumann sagte nun, wir wollen uns auch so ein Bild verschaffen. Wir gingen dann zu Hiltl ein, wo wir uns Zeitungen vorlegen ließen und sein Bild in einer Zeitschrift feststellten.

Vors.: Hat Neumann nicht gesagt, was mit Seekt geschehen ist? Neus bestrittet dann weiter, daß er irgendeine von Neumann verpflichtet worden sei oder daß er gewußt habe, daß dieser im Auftrag „Heimaths“ handle. Im übrigen bestritt er die Darstellung Neumanns über die Beobachtung Seekts und betundet u. a., Neumann habe auch gesagt, man werde sich Eintritt in Klubs und Gesellschaften verschaffen und er und Neus werden auch Gesellschaftsanzüge erhalten. — Auf die Frage des Vorsitzenden, wozu denn das alles gemacht wurde, erklärte Neus, daß man Seekt in der Presse habe lächerlich machen wollen. Von erledigen oder töten ist aber nie die Rede gewesen. Ebenfalls wolle er etwas von einer Erledigung der Stenotypistin Jahnpsund. Auch am Fall Rauh sei er überhaupt nicht beteiligt gewesen.

Der Vorsitzende hält ihm dann vor, daß in seiner Wohnung ein Paket mit Ampullen, in denen sich Bazillen befanden und zahlreiche Schriftstücke, gefunden worden ist. Neus erklärte hierzu, daß Neumann ihm dieses Paket kurz vor der Abfahrt nach Südwestdeutschland zur Aufbewahrung übergeben habe. Er, Neus, habe jedoch den Inhalt nicht gekannt. Er wisse auch nichts von Giften oder Sprengstoffen, die die Gruppe besessen haben soll. Die Lösung sei meistens in Rentiermark erfolgt, nur kurz vor der Abfahrt nach Südwestdeutschland hätte Neumann ihnen Dollar gegeben und er, Neus, habe seinen Dollaranteil dann bei einem Bekannten, der Postier in der Russischen Botschaft

war, umgewechselt und dabei 10 Pf. über den Kurs erhalten. Bei der Fahrt nach Südwestdeutschland habe er sich um die Erledigung von drei Fällen gehandelt, d. h. um die Beobachtung von Spiegeln, die dann eventuell aus der Partei ausgeschlossen werden sollten.

R. A. Dr. Brandt unterbrach diese Vernehmung mit dem Hinweis, daß der Angeklagte Poegel völlig apathisch dasthe und anscheinend der Verhandlung überhaupt nicht folge. Tatsächlich machte dieser Angeklagte einen völlig zusammengebrochenen Eindruck. — Die Verhandlung wurde darauf auf 10 Minuten unterbrochen, um Poegel auf seine Verhandlungsfähigkeit untersuchen zu lassen.

Die Erklärung der Verteidiger des Tscheka-Prozesses, die vom Vorsitzenden, Präsident Dr. Niedmer, abgelehnt worden ist, hat folgenden Wortlaut:

**Erklärung.** „Die Rechtsanwälte Marxhner, Rosenfeld und Wolf haben namens der Verteidigung vor den zuständigen Stellen zur Sprache gebracht, daß die Verteidigung den Ausschluß des Rechtsanwalts Dr. Samter als gesetzwidrig ansieht und nachdem hierauf die zuständigen Stellen eine Prüfung der in Folge der Vorfälle vom 24. Februar aufgetauchten prinzipiellen Fragen zugesichert haben, nimmt die Verteidigung einschließlich des Rechtsanwalts Dr. Samter ihre Tätigkeit für die Angeklagten wieder auf.“

**Kommunistische Paffälcherwerkstatt.** Neue polizeiliche Aushebung.

Nachdem es der Polizei gelungen war, die Paffälcherwerkstatt der K.P.D. auszuheben, hat die Partei sich sofort bemüht, eine neue Werkstatt gleicher Art einzurichten. Nunmehr ist auch diese, die einen recht beträchtlichen Umfang anzunehmen verspricht, der Polizei ebenfalls in die Hände gefallen. Sie war zum Teil noch im Aufbau begriffen und befand sich wie die erstere gleichfalls in Iceptow. Auch sie enthält wieder eine große Menge amtlicher Formulare, ausgefüllte amtliche Urkunden und Kopfbriefbogen einer großen Reihe von Firmen. In dieser Angelegenheit sind mehrere Verhaftungen erfolgt.

**Hasenheide.** Mährisch, zurzeit der Bodbeerernte, hört man besonders viel von der Hasenheide. Aber schon den Bewohnern früherer Zeiten war die Hasenheide ein Ort, den er gern aussuchte, um sich zu vergnügen. Schwärmen und Vereine machten in Artern eine „Landpartie“ doch; besonders Sonntags waren die Gartenlote dicht mit Besuchern gefüllt. Einen seltenen Vorzug boten diese auch insofern den Gästen, als hier geraucht werden durfte. Denn innerhalb der Stadtmauern war das Tabakrauchen streng verboten, und die Stadtpolizisten schandeten besonders gern auf solche, die „geraucht“ hatten und nahmen sie mit. Hofse erzählt in seinen „Bildern aus Berlin vor zwei Menschenaltern“: „Vor den Vergnügungstischen in der Hasenheide ging der Zigarrenverkäufer auf und ab. Seine Ware trug er an einem Tragen in einem hölzernen Kasten nach Art eines kleinen Feuerlochs; mitunter war er mit einer brennenden Rente versehen; gewöhnlich war zur Seite des Kastens eine brennende Lampe und ein gefüllter Stübchenbecher, beides in Blech, angebracht. Sein Feldgeschrei war „Cigaro mit aec au feu.“

Woher hat nun die Hasenheide ihren Namen? Ende des 17. Jahrhunderts wurde hier ein Gehöft für Hasen angelegt, wo sie allseitigen Schutz genossen. Berühmt doch Friedrich Wilhelm I. (die Bundesherren waren Besitzer der Heide) auf eine bäuerliche Eingabe, in der Hasenheide Vieh hüten zu dürfen: „Soll Hasen Garten bleiben.“ Ursprünglich war die Ausdehnung des Waldes viel größer; so reichte er nach Norden bis zur Urbanstraße und nach Westen bis zum Johannistisch, erst durch die Planierung der Straßen, die die Ausdehnung Berlins nach Süden erforderte, schrumpfte die Hasenheide zu dem heutigen Umfange zusammen. Das Gebiet von der Urbanstraße bis zum Landwehrkanal, der früher Schaafgraben hieß, war Bruchland und trug den Namen „Schlächter Hütung“, weil die Köhler Schlächter die Berechtigung hatten, hier ihr Vieh weiden zu lassen.

Die Hauptstraße war aber immer schon, wie noch heute, für das gesamte Heidegebiet, die jetzige Hasenheidestraße. Hier entstanden die ersten Lokale, wo es Bier gab, wo Kaffee getrunken und Regel geschoben werden konnte. Die Südseite der Hasenheidestraße zeigte das Bild der heutigen Nummernplätze mit Schief- und Würfelbuden, wilden Tieren und Dome mit Balken, während auf der anderen Straßenseite Wirtschaft neben Wirtschaft lag. Mehrere von den ältesten unter ihnen bestehen heute noch, so Kiehm's Feisfäse und Hoppoldt. Da, wo die heutige Lehmann'sche Straße entlang geht, lag ebenfalls ein nun verschwundenes, aber sehr altes Lokal, der „Hofjäger“, neben dem das Wohnhaus des Heideförsters, das „Hasenhegerhaus“ lag. Die früheren Schiefstände im Kartsgarten sind ebenfalls schon alt. Eine besonders historische Stätte in der Hasenheide ist der Turnplatz. Auf ihm begann der Turnsport zu entstehen, denn hierher zog John, als er Führer an der Pflanzmann'schen Erziehungsanstalt war, Mittwochs und Sonnabends hinaus, um dort mit seinen

Schülern zu spielen und zu turnen. 1861, als das zweite deutsche Turnfest stattfand, hat man hier sein Denkmal gesetzt.

Auch sonst sind noch verschiedene geschichtliche Erinnerungen mit der Hasenheide verknüpft. Von hier z. B. beschloß der russische General Lotischen 1860 die Stadt Berlin; 1813 hatte hier Bülow's Korps während des Waffentillstands sein Bivouac. Aus der Zeit der Befreiungskriege liegt noch neben dem Militärfriedhof in der Hasenheide ein Rossengrab, in dem 2382 Preußen, Russen, Schweden und Franzosen begraben sind.

**Die Liebestragödie der Ahtzehnjährigen.** Mordversuch und Selbstmord in Wilmersdorf.

Eine Liebestragödie hat sich gestern abend in dem Ho. Gängestraße 64 abgespielt. Hier wohnt im 4. Stock ein Ehepaar, das aus Heilbronn zugezogen ist und von dort die 18jährige Hausangestellte Klara Klemm mitgebracht hat. Diese hatte in der Heimat einen gleichaltrigen Kaufmann Wilhelm Klöß aus Sonnenbrunn bei Heilbronn kennengelernt, der sich eifrig um sie bewacht. Weil er ihr jedoch nicht zusagte, ging sie nach Berlin. Klöß ließ aber in seinem Verben nicht nach, schrieb noch wiederholt, wurde aber stets abgewiesen. Gestern abend tauchte er plötzlich in dem Hause in der Gängestraße auf, als das Ehepaar ausgegangen war und nur eine Verwande anwesend war. Das Mädchen, das nichts Böses ahnte, ließ ihn ein. Das junge Paar begab sich in ein Zimmer, und Klöß wiederholte von neuem eifrig seine Werbung. Als das Mädchen bei der Ablehnung blieb, zog er plötzlich eine Pistole und gab einen Schuß ab. In den Kopf getroffen, schrie Klara Klemm auf und lief nach der Küche. Klöß eilte ihr nach, schloß ihr eine zweite Kugel in den Kopf, so daß sie zusammenbrach. Dann ließ er, während die Verwande der Herrschaft um Hilfe rief, nach dem Zimmer zurück, schloß sich ebenfalls eine Kugel in den Kopf und brach tot zusammen. Beamte des 155. Reviers, die herbeieilten, beschlagnahmten die Leiche und ließen sie nach dem Schaubause bringen. Das schwerverletzte Mädchen brachten sie nach dem Krankenhaus in der Adenbochstraße. Bei dem jungen Manne fand man einen Brief an seine Eltern. Er schrieb ihnen, daß er von dem Mädchen nicht lassen könne. Wenn es ihn nicht erhäre, so werde er es erschießen und sich ebenfalls.

**Der „Schwarzhörner“ am Ortfernsprechapparat.**

Die fünfte Strafkammer des Landgerichts I beschlagnahmte sich als Berufungsinstanz mit einem besonderen „Schwarzhörner“. Der Berichter hatte den Angeklagten Pilarczek zu drei Monaten Gefängnis wegen Verabredung und Störung einer Fernsprechanlage in Tateinheit mit Betrug verurteilt. Er hatte wegen früherer Vergehen des Angeklagten auf Gefängnisstrafe erkannt, um diesem zu Gemüte zu führen, daß Gefährliche nicht überschritten werden dürfen. In der Berufungsverhandlung versuchte der Angeklagte dem Gerichtshof zu beweisen, daß nur sein Hang zum Bästeln und sein Bedürfnis, sich mit technischen Fragen und Zweckmäßigkeiten zu beschäftigen, ihn veranlaßt hätten, bei Instandsetzung seiner Haustelefonanlage die durch zufälligen Kontakt herbeigeführte Verbindung mit dem Anschluß seines Nachbarn auch zu Gesprächen mit dem öffentlichen Netz zu benutzen. Er bewies seine Handfertigkeit dem Gerichtshof damit, daß er ein Modell seiner Wohnung mit Korridor und Türen sowie der Führung seines Haustelefons und der Postanlage vorführte. Die Sorgfalt, mit der der Angeklagte dies Modell ausgeführt hatte, brachte den Gerichtshof zu der Ueberzeugung, daß ein absichtlicher Betrug nicht vorliege. Es wurde von dem Angeklagten zugegeben, daß er den Anschluß seines Vordermieters widerrechtlich, allerdings nur aus Neugier, benutzt hätte. Die vom Berichter verhängte Gefängnisstrafe von 3 Monaten wurde in eine Geldstrafe von 300 M. umgewandelt. Der Angeklagte wurde außerdem zur Erzahlung der Kosten verurteilt. Das Gericht ging sogar so weit, dem Angeklagten Teilzahlungen zu 100 M. und 50 M. zu bewilligen. — Sichtlich erleichtert verließ der Angeklagte nach diesem ihm wohlwollenden Urteil den Gerichtssaal.

**Der Abbau des Potsdamer Stadtschulraums.**

In einer außerordentlichen Stadtratordnenungsitzung, die gegen den Widerspruch der Vertreter des Zentrums, der Demokraten und Sozialdemokraten mit Hilfe der deutschnationalen Mehrheit auf heute anberaumt worden ist, haben die Deutschnationalen mit ihrem Stimmgefolge den Abbau des Stadtschulraumes mit 22 Stimmen durchgesetzt. Sie haben gerade die absolute Mehrheit erreicht. Die übrigen Parteien von der Volkspartei bis zu den Kommunisten haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt bzw. sich vorher demonstrativ entzogen, um anzudeuten, daß sie mit diesem Beschluß nichts gemein haben wollten.

Die Masseneingabe an die Stadt Berlin für die Abgrenzung von Heimstättenangelegenheiten gemäß dem preussischen Ausführungsgebot vom 18. Januar 1924 zum Reichsheimstättengesetz vom 10. Juli 1920 und gemäß der Ausführungsverordnung des preussischen Wohlfahrtsministers vom 12. September 1924 zu diesem Gesetz wurde gestern abend in einer Versammlung der S.P.D. in Friedenau nach einem Referat des Genossen Viktor Roach einstimmig unterstützt. Angesichts der kritischen Situation im Preussischen Landtage, aus der die Gegner dieses Gesetzes Oberwasser zu gewinnen hoffen, ist es unerlässlich nötig, daß die Forderungen dieser Masseneingabe zu einer Volksforderung werden.

Beim Spielen mit dem Luftdruckgewehr verunglückt. In der Mauritiusstraße in Lichtenberg spielten gestern einige Jungen mit einem Luftdruckgewehr. Bei der Handlung entlud sich das Gewehr, und der Bolzen drang dem 13jährigen Schüler Werner Goldmann ins linke Auge. Straßenpassanten brachten den Verletzten zum Arzt. — Wer trägt die Schuld? Die Kinder oder die Eltern, die ihren Kindern solches „Spielzeug“ in die Hände geben?

Schiffsbrand auf hoher See. Der englische 300-Tonnen-Dampfer „Teeddale“, der mit 200 Passagieren von Middlesborough nach Rotterdam unterwegs war, ist in Waterville, 8 Meilen nördlich Rotterdam, infolge einer Benzinexplosion in Brand geraten. Die 20 Mann starke Besatzung, von der verschiedene erheblich verletzt wurden, konnte von zwei Lastenbooten geborgen werden.

Schweres Unwetter über Frankreich. Ueber ganz Frankreich sind gestern und vorgestern schwere Wetter niedergegangen. Aus dem Süden und dem Westen wird über bedeutende Unwetterkatastrophen berichtet. Dabei kam es stellenweise zu schweren Hagelniederschlägen. Aus einzelnen Gegenden wurden auch Schneestürme gemeldet. Von der Küste wird von einem Sturm berichtet, der die Ankerketten zahlreicher Schiffe zerrissen hat.

Schnee in Italien. In der Umgebung von Florenz ist heute nacht ein leichter Schneefall eingetreten.

**Groß-Berliner Parteinachrichten.**

**Bezirksvorstand.**

Sonnabend, den 28. Februar, abends 6 Uhr, Sitzung im Konferenzzimmer der „Vorwärts“-Redaktion, Lindenstr. 3. Da unter anderem auch der Statutenentwurf zur Besprechung gelangt, werden die Mitglieder des Bezirksvorstandes ersucht, ihren Entwurf mitzubringen.

27. Abt. Heute (Donnerstag) abend, gemeinsame Funktionärsitzung zwischen mit der 28. Abteilung bei Richter, Gutfreund, 24.

28. Abt. Freitag, den 27. Februar 1925. Abends 7 Uhr, Sitzung des Bezirksvorstandes bei Richter, Gutfreund, 24. Beginn der Besprechung um 7 Uhr vor dem Friedrichshagen Rathaus.

